

## Pressemitteilung

15. November 2012

### Mittelfristprognose der Übertragungsnetzbetreiber **Kosten für Erneuerbare Energien steigen weiter**

Berlin – Die Kosten für die Förderung der Erneuerbaren Energien steigen bis 2018 weiter. Das geht aus einer Studie **Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI)** hervor, die im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** erstellt wurde. Die Forscher halten einen Anstieg der jährlichen Zusatzkosten für die Verbraucher auf bis 2018 auf bis zu 26 Milliarden Euro für möglich.

Wie von den Übertragungsnetzbetreibern heute bekannt gegeben wurde, könnte die Umlage zur Finanzierung der Zusatzkosten 2014 leicht sinken. Der scheinbare Rückgang der EEG-Umlage wäre **vor allem auf Sondereffekte im Jahr 2013 zurückzuführen**.

2013 werden die Verbraucher mit rund 5,3 Cent je Kilowattstunde belastet. Darin enthalten ist eine Nachzahlung von rund 0,7 Cent (2,6 Milliarden Euro), die aufgrund einer Unterfinanzierung im laufenden Jahr notwendig wird, sowie 0,3 Cent für die neu geschaffene Liquiditätsreserve. Ohne diesen Sondereffekt läge die EEG-Umlage im Jahr 2013 bei 4,28 Cent pro Kilowattstunde.

„Die Verbraucher dürfen sich nicht täuschen lassen“, erklärt **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM. Der kurzfristige Rückgang der EEG-Umlage wäre keine Trendwende. „Steuert die Politik nicht um, steigen die Kosten langfristig für die Verbraucher weiter an.“

Trotz der Reformversuche beim EEG und der Verringerung der Vergütungssätze steigen die Zusatzkosten für alle Technologien mit Ausnahme von Wasserkraft und Onshore Windkraft weiter an. „Um einen weiteren Kostenanstieg zu begrenzen ohne die Erneuerbaren-Ziele infrage zu stellen, ist eine Diskussion über die sinnvolle Weiterentwicklung der Förderinstrumente dringend notwendig“, erklärt Studienleiter **Dr. Dietmar Lindenberger**.

Die Studie des EWI berechnet die Entwicklung der Umlage anhand von drei Szenarien. Berücksichtigt werden der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Stromnachfrage sowie die Entwicklung der Stromhandelspreise. Demzufolge erreicht die Umlage im Jahr 2018 einen Wert, der zwischen 4,19 und 7,08 Cent je Kilowattstunde liegen könnte. „Die große Bandbreite belegt die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Förderkosten. Das EEG ist außer Kontrolle. Das von uns vorgeschlagene Wettbewerbsmodell würde die Energiewende wieder kalkulierbar machen und den Weg für eine europäische Lösung ebnen“, so **Pellengahr**.

Die INSM schlägt deshalb das Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien (WEE) vor, das sich an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientiert. Das WEE entspricht im Kern dem von Monopolkommission, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundeskartellamt und acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) empfohlenen Quotenmodell. Die Energieversorger sollen verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil ihres an die Endverbraucher gelieferten Stroms aus erneuerbaren Quellen zu speisen. So wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien technologieoffen und subventionsfrei vorangetrieben.

**Mehr Informationen zum WEE und den Reformvorschlägen der INSM finden Sie unter [www.insm.de/eegstoppen](http://www.insm.de/eegstoppen)**

Pressekontakte

Pressesprecher INSM: Florian von Hennem, Tel. 030-27877-174, [hennet@insm.de](mailto:hennet@insm.de)

Projektleitung INSM: Marc Feist, Tel. 030-27877 -175, [feist@insm.de](mailto:feist@insm.de)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.